

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Emil Dörfel 4196/4195



Stichwort für Verlag und Erscheinung:
Berlin O 2 61, Zehn-Sillmann-Platz 6
Druckverlag: Cereskopf

Die Fortsetzung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme beträgt 4 Bogen
bei den Buchhändlern, wenn nicht anders vermerkt. G. Göttinger für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 27. Okt. 1933

Was soll der Wirtschaftsbeirat ?

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Am Donnerstag wird der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung zum ersten Mal zusammentreten. Vorher hat es einen kleinen Betriebsunfall gegeben. Der Generaldirektor der Commerz- und Privatbank, Friedrich Reinhart, wird im Zusammenhang mit dem Skandal im Spritkonzern in einer Weise genannt, dass der Wirtschaftsbeirat sich wahrscheinlich ohne Herrn Reinhart wird behelfen müssen. Schlimm ist das nicht. Die Reichsregierung wird auf die Dienste Reinharts verzichten können.

Ueberhaupt hat sich der Wirtschaftsbeirat im Feuer der Kritik mehr und mehr als eine sehr unglückliche und bedenkliche Konstruktion erwiesen. Die Regierung kann für die Existenz dieses Wirtschaftsbeirates immerhin anführen, dass es ihr darauf ankommt, Männer der Wirtschaft, Vertreter des Unternehmertums und der Arbeiterschaft, an einen Tisch zu bringen. Dazu hätte sie aber einen anderen Weg wählen können, der zumal den Beigeschmack einer Ueberorganisation hätte vermissen lassen. Im Reichswirtschaftsrat sitzen seit Jahren Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter zusammen. Warum aber hat die Reichsregierung nicht auf den Reichswirtschaftsrat zurückgegriffen? Hat sie kein Vertrauen zu dieser Einrichtung? Oder ist es richtig, dass die Reichsregierung die Zusammensetzung im Reichswirtschaftsrat, die dem tatsächlichen Kräfteverhältnis in der deutschen Wirtschaft mehr Rechnung trägt, nicht ganz angenehm empfindet? Jedenfalls ist gegen den Wirtschaftsbeirat bei der Reichsregierung einzuwenden, dass das Unternehmertum äusserst stark vertreten ist. Die Vertreter der Arbeiterschaft befinden sich in ihm in einer Minderheit.

Und dann das grosse Rätsel: was soll dieser Wirtschaftsbeirat? Das Rätselraten geht seit Tagen hin und her, ohne dass von der Regierung aus eine Klärung erfolgt wäre. Dagegen haben die Unternehmer ihre Forderungen bereits angemeldet. Nach der Unternehmerpresse hat dieser Wirtschaftsbeirat nur den einen Zweck, eine neue Lohnabbauoffensive einzuleiten. Man begründet sie mit dem Fallen des englischen Pfundes, wobei man von Tatsachen ausgeht, die durchaus umstritten sind. Aus der Bewegung des englischen Pfundes, die keineswegs zum Abschluss gekommen ist, werden vom deutschen Unternehmertum voreilige Folgerungen gezogen und es wäre bedenklich, wenn die Regierung auf diesen voreiligen Schlüssen ihre Massnahmen aufbauen wollte. Das Unternehmertum spricht davon, die Löhne und Tarife elastischer zu machen. Sie sollen beweglicher werden. Man will sie der Preisbewegung auf den Exportmärkten mehr anpassen. Es gibt, wie wir sehen, genügend schöne Worte, um heikle Dinge zu umschreiben. Ob man von einer Beweglichkeit, von einer Elastizität oder von einer Anpassung der Tarife spricht von einer Betriebsvereinbarung zwischen den Werksvertretern und den Vertretern der Belegschaft, das ist vollständig gleichgültig. Sachlich handelt es sich um einen neuen Sturm auf Tarif und auf Lohn. Man kann es den Gewerkschaften also nachfühlen, wenn sie hier Klarheit haben wollen, ehe der Wirtschaftsbeirat zusammentritt. Die Gewerkschaften haben sich selbstverständlich dem Wunsch der

der Regierung, in ihrem Wirtschaftsbeirat vertreten zu sein, nicht versagt. In der Tarifffrage und in der Frage des Lohnabbaus gibt es aber bei den Gewerkschaften nur eine und zwar recht klare Linie: Sie werden die Tarife nicht antasten lassen und werden sich unter allen Umständen und mit allen Kräften gegen die Forderungen des Unternehmertums wehren.

Andererseits wird davon gesprochen, dass die Regierung im Wirtschaftsbeirat endlich auch die Preisfrage anpacken will. Es heisst, man wolle die Preise in Deutschland den gesunkenen Weltmarktpreisen angleichen. Das ist sicherlich angesichts der Tatsache, dass man die Arbeitslöhne bereits um die Hälfte abgebaut hat, eine äusserst wichtige und dringliche Forderung. Es kommt aber darauf an, wie die Regierung sich die Lösung dieser Frage vorstellt. Die Regierung Brüning hat sich in dieser Frage bisher nur mit Projekten herumgeschlagen. Es sind dickbändige Gutachten ausgearbeitet worden. Aber der Berg hat gekreisst und nur ein Mäuslein geboren. Aus den grossen Preissenkungsankündigungen und aus den dickbändigen Gutachten ist ein zahmer Vorstoss gegen die Markenartikel herausgekommen. Die Öffentlichkeit hat von dieser Preisermässigung so gut wie gar nichts gemerkt. Jetzt heisst es jedoch, man habe auf dem Gebiet der Markenartikel Erfahrungen gesammelt und wolle hier mit der Preisabbauoffensive einsetzen. Wenn dem so ist, dürften sich die Absichten wieder einmal nach der Richtung des geringsten Widerstandes bewegen, während man gegen den Unfug der Kartelle, der Trusts und der Syndikate nichts unternimmt. Schliesslich kann man den ganzen Preisabbau nicht durch den Einzelhandel bezahlen lassen. So sicher der Einzelhandel in der Gewinnspanne nachgeben kann, so sicher ist es auch, dass eine Anpassung unserer Preise an die gesunkenen Löhne nur dadurch erfolgen kann, dass die Kartelle und Trusts ihre Gewinnspannen abbauen.

Die Regierung muss endlich einsehen, dass Kartelle und Trusts in ihrer Preisbildung ein fürchterliches Krebsübel für die ganze Wirtschaft sind. Ehe man dieses Geschwür nicht aufschneidet, wird es keine Gesundung in der Wirtschaft geben. Man hat dem deutschen Volke seit zwei Jahren erzählt, man müsse über den Abbau der Löhne zu billigeren Preisen kommen. Gut, die Löhne sind abgebaut worden. Die industriellen Verheissungen einer Ankurbelung der Wirtschaft haben sich aber nicht erfüllt. Sie konnten sich nicht erfüllen, weil dem die Hochhaltung der Preise durch Kartelle und Trusts im Wege steht. Entweder beseitigt die Regierung den Kartellunfug, oder sie versagt überhaupt. Der grösste Teil des Unwillens, der sich im deutschen Volke bemerkbar macht, ist durch die Passivität gegenüber dem Kartellunfug begründet.

Die Regierung soll nicht weiter im Kreise herumlaufen. Sie soll sehen, wie die Dinge wirklich liegen. Wenn man die deutsche Schwerindustrie durch Einfuhrverbote, Zoll, durch Vereinbarungen usw. vor der Einfuhr fremden Eisens schützen kann die deutsche Schwerindustrie in Deutschland ihr Eisen doppelt so teuer verkaufen als im Auslande. Die binnenländische Wirtschaft wird so zugunsten der Schwerindustrie bis aufs Hemd ausgepowert. Die deutsche Landwirtschaft hält seit Wochen systematisch mit der Lieferung von Getreide zurück. Die Getreidepreise, besonders die Roggenpreise, scheinen in den Himmel steigen zu wollen. Es macht sich heute schon Anzeichen einer grossen Roggenknappheit und Roggenteuerung bemerkbar. Trotzdem liegt auf der Einfuhr von Getreide ein Zoll, der höher ist als der deutsche Inlandspreis und dieser Zoll bringt es zuwege, dass deutsches Getreide mehr als doppelt so teuer ist als Auslandsgetreide. Mit vielen Agrarartikeln, die die breiten Massen zum Lebensunterhalt dringend gebrauchen, steht es nicht viel anders. Während aber die Lebensmittelpreise ungeheuer hochgehalten werden, mutet man den Massen zu, in einen Lohn einzuwilligen, der kaum noch die Lebenshaltung des Negerarbeiters in Südafrika gewährleistet. Dass das nicht gut gehen kann, wird sich die Regierung wohl selbst sagen können. Will man aber wirklich den Dingen zu Leibe gehen, so kommt nur ein völliger Bruch mit der bisherigen Zollpolitik in Frage. Man soll die Zölle, die nur einzelnen Interessentenschichten zugute kommen, radikal ermässigen bzw. beseitigen - und das Preisproblem ist mit einem Schlage gelöst. Der Unfug der Kartell- und Trustpreise wird damit mit einem Schlage beseitigt sein.

Hoffentlich beschäftigt sich der Wirtschaftsbeirat auch mit diesen Vorschlägen. Er würde so seinem Namen Ehre machen:

SPD. Der frühere Vorsitzende der sozialdemokratischen Ortsgruppe Raschau im Erzgebirge, Alban Richter, war vor wenigen Wochen gemeinsam mit Seydewitz aus der SPD ausgeschieden. Inzwischen ist er zur Sozialdemokratie zurückgekehrt. Er begründet diesen Schritt im "Sächsischen Volksblatt" wie folgt:

"Als einer der schärfsten Verfechter der Seydewitz-Politik hatte ich den festen Vorsatz, Seydewitz selbst bei einem Austritt oder Ausschluss aus der Sozialdemokratischen Partei zu folgen. Ich war daher nach seinem - wie ich jetzt immer deutlicher sehe - von ihm gewollten Ausschluss als Vorsitzender der Ortsgruppe Raschau zurückgetreten und aus der Partei ausgeschieden. Heute nach einer Zeit, in der ich mir immer wieder die Frage zu beantworten gesucht habe, welche Folgen dieser Spaltungsversuch für die Arbeiterschaft zeitigen muss; nach einer Zeit, in der ich jede Gelegenheit wahrgenommen habe, in mehreren Orten die Ergebnisse des Spaltungsversuches nachzuprüfen; nach einer Zeit schweren Ringens mit mir selbst, sehe ich meinen übereilten Schritt als schweren politischen Fehler an. Es steht für mich jetzt fest, dass dieser Spaltungsversuch die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu schwächen droht.

Seydewitz will zwar angeblich durch seine Parteigründung viele mit der Taktik der SPD Unzufriedene sammeln und den Indifferentismus verhüten. Ich habe aber die bittere, jedoch heilsame Erfahrung gemacht, dass mir die, die bisher der Parteibewegung oft sehr passiv gegenüberstanden, die aber durch die jahrelange, Misstrauen säende Politik aufgeputscht worden sind, zur Antwort gaben: Ich mache überhaupt nicht mehr mit. Ich schliesse mich keiner Partei mehr an. Selbst Seydewitz müsste es jetzt sehen, dass es ihm nicht einmal gelingen wird, selbst die wenigen in seiner Partei zu sammeln, die jetzt der SPD gerade im Augenblick entscheidendster Kämpfe den Rücken gekehrt haben.

Weil ich nun eben das schon durch die politisch abstumpfende Arbeit der KPD grossgezogene Heer der Indifferenten vor Augen habe, das jetzt infolge des Spaltungsversuches noch grösser zu werden droht; weil ich andererseits die immer wütenderen Angriffe der Harzburger Front auf alle politischen und wirtschaftlichen und menschlichen Rechte der Arbeiterschaft, des gesamten erwerbstätigen Volkes nicht nur sehe, sondern ihre Auswirkungen auch fühle: deshalb ist es für mich unmöglich geworden, den von mir eingeschlagenen falschen Weg weiter zu gehen.

Ich denke einmal an kommende Wahlen, wenn überhaupt eine nur infolge der unseligen Uneinigkeit der Arbeiterschaft aus Ruder gekommene nationalistische Regierung solche zulassen würde: Ein Teil der jetzt durch die Ereignisse Verirrten wird der Urne fernbleiben, die Arbeiterklasse in ihrer politischen Vertretung also schwächen. Ein Teil wird sich weiter in Verwechslung von Person und Sache zu Seydewitz bekennen und wird der schwärzesten Reaktion, besonders infolge des Ausscheidens ihrer Stimmen nur Vorspanndienste leisten, die Arbeiterschaft in ihrer politischen Laufbahn also schwächen. Ein Teil wird sich der Diktatur von Moskau fügen, wird sich damit willenlos von oben nach unten regieren lassen, wird sich damit jedes demokratische Grundrecht rauben lassen; wird die Arbeiterklasse in ihrer politischen Vertretung also schwächen. Ein Teil allerdings - hoffentlich wird er immer und immer grösser, wird sich seines Fehlers bewusst werden, wird wieder zur grossen sozialdemokratischen Arbeiterpartei stossen.

Von diesen will ich nicht einer der letzten sein. Ich verdamme den verfehlten Schritt meines Austrittes. Ich kehre zurück zum Heer der zielbewussten Sozialdemokratie. Um das nachzuholen, was ich versäumt habe, habe ich bereits ein anderes ausgetretenes Mitglied zurückgewonnen, habe ich weiter ein neues Parteimitglied geworben, das unserer Partei bis jetzt noch nicht angehört hat.

Nach meiner Rückkehr zur Partei habe ich durch Mario Corsi von den unseligen Leiden des italienischen Volkes durch die faschistische Diktatur ge-

hört. Auf Grund der Einsicht in die Fehler der italienischen Arbeiterbewegung - Spaltungen, zerwürfnisse, zersetzende Kritiken, rein oppositionelle Stellung, Verschmähung der staatlichen Machtmittel - kann ich jetzt die von der Partei eingeschlagene Taktik nur billigen."

SPD. Washington, 27. Oktober (Eig. Ber.)

Der Bundessenator Schall hat die amerikanische Öffentlichkeit mit der Erklärung überrascht, dass er sofort nach dem Zusammentritt des Bundeskongresses im Dezember die Bekanntgabe und Besprechung des von der Wickersham-Rechtsschutzkommission erstatteten Berichts über den Mooney-Billings-Fall fordern werde. Die beiden Arbeiterführer Mooney und Billings sind im Jahre 1917 auf Grund einer Rechtskomödie zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt worden und verbringen ihre Tage in der Strafanstalt St. Quentin in Kalifornien. Trotz allen Verdunkelungsbemühungen und politischen Drahtziehereien ist in dem 600seitigen Kommissionsbericht die Unschuld der beiden Arbeitermartyrer an den ihnen zur Last gelegten Verbrechen so überzeugend nachgewiesen worden, dass es die reaktionäre Mehrheit der Kommission für gut fand, alle Mienen gegen den Druck und die Veröffentlichung des von den Minderheitsmitgliedern unterzeichneten Berichts springen zu lassen.

Aber war es der angeblich unparteiischen Kommission auch möglich, die Bekanntgabe des sensationellen Materials zu verhindern, so konnte sie doch seine Auswirkungen auf weite öffentliche Kreise nicht ungeschehen machen. Gestützt auf diesen Befund, ist der Druck der von der Unschuld der Beiden überzeugten Gruppen auf die amtlichen Stellen immer fühlbarer geworden. Inzwischen ist der eigentliche Kommissionsbericht sorgfältig den Geheimakten einverleibt und der Prüfung durch den Bundespräsidenten vorbehalten worden. Senator Schall ist jetzt bemüht, dieses Dokument der offiziellen Geheimhaltung zu entreißen und im Bundesparlamente eine Aussprache darüber herbeizuführen, ob es erlaubt sein dürfe, das Untersuchungsmaterial dem Parlamente zu entziehen, das für die Kommission die notwendigen beträchtlichen Geldmittel bewilligt hatte. Wie man sieht, eine Frage, die tief in die Vorrechte des Bundeskongresses einschneidet und sicherlich im Bundessenate zu lebhaften Auseinandersetzungen führen wird. Gelingt es, den Bundessenat zu einer Stellungnahme im Sinne des Senators Schall zu bewegen, so wird ein wichtiger Schritt zur Wiederaufrollung dieses amerikanischen Justizskandals und zur endgültigen Befreiung der beiden Arbeiterführer getan sein.

SPD. Die Beschwerde des Braunschweiger "Volksfreund" gegen das von dem Nazi-Minister Klagges verfügte Verbot dieses Blattes ist am Dienstag im Reichsministerium des Innern eingetroffen. Eine Entscheidung des Reichsinnenministers ist nach dem neuesten Stand der Sache jedoch nicht vor Mittwoch-Abend zu erwarten.

SPD. Köln, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Strafkammer verurteilte einen kommunistischen Hetzer zu zwei Jahren Gefängnis und einen Kommunisten, der gegen Polizeibeamte tätlich vorgegangen war, zu fünf Monaten Gefängnis.

Ende April versuchten im Kölner Volkshaus einige kommunistische Frauen eine sozialdemokratische Frauenversammlung zu stören. Sie wurden deshalb von Reichsbannerkameraden aus dem Saal entfernt. Auf der Strasse kam es zu erregten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Geschäftsführer des Volkshauses von einem Kommunisten geschlagen wurde. Als zwei Polizeibeamte eingriffen,

hetzte ein Mann die Menge gegen die Beamten mit den Worten auf: "Schlagt doch die Hunde tot!" Die Beamten wurden zu Boden geschlagen und misshandelt.

Dagegen wurde vom Schöffengericht Köln ein 34jähriger Nationalsozialist, der im Januar in einer vom Aktionsausschuss zur Bekämpfung des Faschismus veranstalteten Versammlung Stinkbomben geworfen hatte und dafür einen Strafbefehl über drei Wochen Gefängnis erhielt, "wegen Mangels an Beweisen" freigesprochen

SPD. Der zweite Verhandlungstag im Berliner Prozess gegen die nationalsozialistischen Pogromführer vom Kurfürstendamm war der Vernehmung der Polizei Beamten gewidmet.

Ehe jedoch die Beweisaufnahme begann, kam es zu einem ungemein lächerlichen Auftritt, dessen Urheber der nationalsozialistische Rechtsanwalt Dr. Freisler-Kassel war. Freisler erhob sich und forderte den Vorsitzenden mit drohender Stimme auf, die Berichtersteller der Linkspresse aus dem Saal zu werfen, weil sie nach Freislers Auffassung nicht objektiv über den Prozess berichten würden. Freisler las Zeitungsausschnitte vor und verwahrte sich schliesslich gegen die Angriffe auf den "durch den Nationalsozialismus verkörperten Willen der Nation". Der Vorsitzende, von diesem offenbar mehr ins Medizinische abgleitenden Vorfall peinlich berührt, bedeutete dem sonderbaren Rechtsanwalt kurz, dass ausserhalb des Gerichtssaals seine Kompetenzen erlöschen.

Die Vernehmung des ersten Zeugen, des Polizeihauptmannes Obenaus, belastete die Angeklagten erheblich. Der Zeuge, ein erfahrener Beamter, der seine Aussagen exakt und überlegt macht, stellt mit Nachdruck fest, dass er die Pogromausbreitungen als ein planmässig inszeniertes Unternehmen angesehen habe. Überall sei man auf Trupps in der typischen Kleidung der SA. gestossen, die plötzlich auftauchten, beim Anrücken der Polizei verschwanden, aber sich überraschend wieder an einer anderen Stelle des Unruhebezirks sammelten.

In langer Reihe folgen dann die Polizeiwachtmeister, die über den zur Verhandlung stehenden Fall selbst nicht berichten können, jedoch über die Art der Unruhen erschöpfende Aufschlüsse im Sinne der Anklage geben. Am Donnerstag werden die Hauptbelastungszeugen, die Brüder Deterding, vernommen werden. Auch Dr. Josef Goebbels wird im Verlaufe des Prozesses als Zeuge vor Gericht erscheinen.

SPD. Paris, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident Laval hat, wie aus New York gemeldet wird, an Bord der "Ile de France" vor amerikanischen Journalisten folgendes erklärt:

"Ich werde dem Parlament über alle Gegenstände meiner Besprechungen mit Hoover Rechenschaft ablegen. Im Anschluss daran werde ich mit meinen Ministerkollegen über einen Plan betreffend die Konzentration aller Bemühungen um eine vollständige deutsch-französische Wiederannäherung beraten. Das notwendigste ist die Wiederherstellung des Vertrauens, das nur auf der Grundlage einer Wirtschaftsverständigung ruhen kann. Ich habe dem Präsidenten Hoover und Senator Borah gesagt und glaube sie auch davon überzeugt zu haben, dass Frankreich sich selbst überlassen, die erwartete Wiederannäherung zustande bringen wird."

Einem französischen Journalisten gegenüber äusserte Laval, dass noch vor Dezember Pläne ausgearbeitet sein würden, die es erlaubten, mit allen europäischen Mächten über die Vorbereitung des Werks der Zusammenarbeit Fühlung zu nehmen, das er mit dem Präsidenten Hoover beschlossen habe.

Vor seiner Abreise hat Laval auf einem Bankett der französischen Handelskammer in New York in einer Rede die Ergebnisse der Besprechungen auseinandergesetzt. Er betonte zunächst, dass Hoover und er sich gegenseitig besser ken-

nen gelernt hätten und jetzt wüßten, was das eine Land von dem anderen erwartet könnte. Weiter erklärte er: "Die Zusammenarbeit unserer beiden Länder ist auf diese Weise enger geworden, weil unsere beiden Regierungen ein besseres Verständnis ihrer gegenseitigen Interessen und ihrer gemeinsamen Pflichten haben werden. Wenn die Washingtoner Unterredungen kein anderes Ergebnis gehabt hätten, so wäre damit schon eine grosse Hoffnung verwirklicht worden. Wir haben aber mehr getan. Dadurch dass wir die wichtigsten Mittel zur Wiederherstellung der Wirtschaftsstabilität und des Vertrauens suchten, haben wir unsere Pflicht in bezug auf die internationale Solidarität erfüllt. Darüber will ich meine Genugtuung aussprechen. Indem ich hier die Politik der internationalen Zusammenarbeit, für die Briand und mein Besuch in Berlin eine wichtige Etappe gewesen ist, fortgesetzt habe, bin ich mir bewusst, der Sache des Friedens gedient zu haben ohne dabei die wesentlichen Interessen meines Landes zu opfern."

SPD. Halle, 28. Oktober (Eig. Bericht)

"Es genügt uns, wenn wir von einem Manne wissen, dass er marxistische und pazifistische Ansichten vertritt. Er ist unserer Meinung nach dann nicht geeignet für das Amt eines Hochschullehrers."

Diese Worte eines hallischen Studenten, der Mitglied der Asta der Deutschen Studentenschaft an der Universität Halle ist und in dieser Eigenschaft einen offenen Brief an Rektor und Senat der Luther-Universität Halle-Wittenberg richtete, besagen mehr als die spalten- und seitenlangen Berichte und Erklärungen, Gegenerklärungen und offenen Briefe der Kulturreaktionäre zu dem hier spielenden Falle Dehn. Dieser Fall ist schon lange kein Fall Dehn mehr, sondern ein Kampf nationalsozialistischen Ungeistes gegen das demokratische System, gegen die Republik. Mit Schlägereien, Hetzreden und der Niederknüppelung andenkender Studenten hat es angefangen. Von da war es nur ein kleiner Schritt bis zu den Skandalen, als deren Ziel man sich ehrliche republikanische Dozenten "ausgewählt" hatte. Wollte man die Fälle alle aufzählen, so würde man geraume Zeit benötigen.

Der neueste Fall des organisierten Ungeistes ist eben jener Fall Dehn. Nicht nur eine Universität, nicht nur eine Stadt wird damit in Unruhe versetzt. In Heidelberg gab es scharfe Fehden. Leipzig greift ein, Jena rührt sich. In Halle selbst tobt die nationalistische Presse Tag für Tag in spaltenlangen Artikeln. Es regnet nur so offene Briefe und Erklärungen. Auch in der angeblich unpolitischen Generalanzeigerpresse. Schon bei der Berufung des Pfarrers Dehn nach Heidelberg wurde dort von der nationalistischen Studentenschaft ein Skandal entfacht. Man glaubte gegen Dehn vorgehen zu können auf Grund eines Vortrages in der Magdeburger Ulrichskirche. Dort sollte Pfarrer Dehn u.a. geäußert haben:

"Die Godenktafeln mit ihren Namen gehörten nicht in die Kirche, weil sie (die Gefallenen des Weltkrieges) mit der Absicht zu töten in den Krieg gezogen seien.... Dann könnte man ja jeden Mörder in der Kirche verewigen... Jeder Christ hat im Kriegsfall zu entscheiden, ob er den Kriegsdienst verweigern wolle oder nicht."

Diese Professor Dehn in den Mund gelegten Sätze sind völlig aus dem Zusammenhang gerissen und ergeben jenes Zerrbild, das der Deutschen Studentenschaft für ihre Zwecke erwünscht ist. Der Heidelberger Theologe Professor Dibelius, von dem keiner behaupten kann, dass er etwa marxistisch oder auch nur pazifistisch "verseucht" sei, erstattete damals in Heidelberg am 26. Januar 1931 einen Sonderbericht, in dem er erklärte, dass der Magdeburger Vortrag Dehns nichts enthalte, was ein evangelischer Theologe nicht sagen dürfe. "Er bezeugt vielmehr gerade mit der tiefsten Behandlung des Kriegsproblems die von der üb-

lichen militärischen wie von der üblichen pazifistischen Auffassung weit abweicht, dass Pfarrer Dehn zum Lehrer der akademischen Jugend voll geeignet ist." Weiter hat der Magdeburger Dompfarrer Jacobi, der neben Pfarrer Dehn während des fraglichen Vortrages stand, ausgesagt, dass Dehn das Wort: "Mörder" nicht gebraucht hat. Zum Schlusse des Dibelius-Gutachtens heisst es: "Wenn ich vor solchen Angriffen zurückweichen würde, nur weil Studentengruppen unkundig und unkritisch, widersprechen, denen die Richtung Dehns unsympathisch ist, so würde ich dazu helfen, Dehn in aller Öffentlichkeit zu belasten. Ich bin auch nicht in der Lage, Opportunitätsgründen Gehör zu geben, wenn das Recht eines künftigen Professors in Frage gestellt ist, seiner Ueberzeugung in den Grenzen des Takttes freien Ausdruck zu geben. Ich müsste meine Theologie, meine wissenschaftliche Ehre und mein ganzes bisheriges Leben verleugnen, wenn ich in diesem Punkte verzichten wollte."

Ausser Dibelius nahmen 27 Heidelberger Professoren in einem Beschlusse vom 28. Februar 1931 scharf Stellung gegen die Angriffe des Heidelberger Radau-Studententums. Pfarrer Dehn lehnte trotzdem den Ruf nach Heidelberg ab. Als er einem bald darauf ergangenen Rufe nach Halle Folge leistete, setzte sofort der Kampf gegen den "Marxisten und Pazifisten Dehn" in doppelter Schärfe ein. Nach Ansicht der Deutschen Studentenschaft der Universität Halle war es geradezu eine Vermessenheit des preussischen Kultusministeriums, in diese Hochburg des Stahlhelms und der Kommunazis einen des Pazifismus verdächtigen Hochschullehrer zu schicken. Deutschnationale Parteisekretäre und nationalsozialistische Studenten griffen Pfarrer Dehn in der hallischen Presse auf das schamloseste an, so dass sich Rektor und Senat der Universität Halle-Wittenberg veranlasst sahen, sich in einer Erklärung hinter Pfarrer Dehn zu stellen und gegen diese nationalistischen Wühlereien energisch Front zu machen. In ihrer Erklärung wird ausdrücklich festgestellt, dass Pfarrer Dehn nicht gegen den Willen der Fakultät berufen worden ist, dass er nach "pflichtgemässer Prüfung seiner wissenschaftlichen Leistungen und seiner Persönlichkeit trotz mancher Bedenken nicht abzulehnen war, auch nachdem durch die Heidelberger Vorgänge die Person Dehns in einer breiteren Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt war. Die Fakultät musste diesen Standpunkt einnehmen, weil das Bild, das sich ihr nach reiflicher und verantwortungsbewusster Prüfung der Sachlage ergeben hatte, ein ganz anderes war als jenes Zerrbild, das sich die Deutsche Studentenschaft von der Persönlichkeit des Herrn Dehn hat suggerieren lassen und das nun auch der Bürgerschaft der Stadt Halle suggeriert werden soll."

Trotz der Eindeutigkeit dieser Erklärung der Universitätsbehörden stellten die angeblich deutschen Studenten in einer an Unverschämtheit kaum zu übertreffenden Gegenerklärung fest, dass ihr Standpunkt unverändert sei, dass Pfarrer Dehn untragbar sei. Zu dem Vorwurf, dass man nicht versucht habe, mit Pfarrer Dehn Führung zu nehmen, äussert sich die "Deutsche Studentenschaft":

"Wie können deutsche Studenten mit einem Manne Führung nehmen, der nach seinen Äusserungen und aus seiner Grundeinstellung heraus pazifistischen und marxistischen Gedankengängen huldigt, wenn er es auch heute nicht gern mehr zugeben will? Man bedenke, dass er Mitglied der SPD war, dass er der Gruppe der religiösen Sozialisten nahesteht."

Diesen hier kurz geschilderten Feldzug gegen einen Hochschullehrer will die Deutsche Studentenschaft "unter Einsatz aller Kräfte" weiter führen, denn "Pfarrer Dehn ist ein Vertreter marxistisch pazifistischen Geistes, d.h. eines Geistes, der dem Volk und insbesondere der deutschen Jugend gefährlich sein kann". Sollte das alles nichts helfen, so droht man, zum Protest die Universität Halle zu verlassen und nach Leipzig und Jena zu übersiedeln. Wieweit diese Drohungen verwirklicht werden können, ist noch zweifelhaft, denn schon ist aus Anlass dieses Auswanderungsbeschlusses ein Streit zwischen der Deutschen Studentenschaft, dem Hochschulring und den Korporationen ausgebrochen. Es wird die höchste Zeit, dass hier einmal von Seiten der Universitätsbehörden energische Schritte gegen derartige Provokationen einer nur kleinen Zahl nationalistischer Radaustudenten unternommen werden.

SPD. Braunschweig, 27. Oktober (Eig. Dr.)

Der braunschweigische Landtag wird auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion am 2. und 3. November zusammentreten. Ihm liegt eine Grosse Anfrage der Sozialdemokratie über die ungeheuerlichen Vorgänge während des Braunschweiger Nazi-Treffens vor. Bei dieser Gelegenheit wird auch die einseitige Geschäftsführung des Polizeiministers Klagges ausführlich besprochen werden. Ausserdem soll ein von der Sozialdemokratie gestellter Antrag auf Zahlung einer Winterbeihilfe an die Hilfsbedürftigen behandelt werden.

SPD. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erörterte nach eingehenden Referaten des Reichstagsabgeordneten Dr. Völter und des Bundesvorsitzenden Falkenberg die beamtenpolitische Lage. Die Bildung der Einheitsfront der Gewerkschaften wurde lebhaft begrüsst, insbesondere auch die Tatsache, dass sich der Deutsche Beamtenbund dieser Front angeschlossen hat, um ein Gegengewicht gegen die Front von Harzburg zu bilden, die sich um das Unternehmertum gruppiert und sich leider auf weite Kreise des Volkes stützt, die diesen Führern in Verkennung ihrer tatsächlichen Interessen Gefolgschaft leisten. In Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde einmütig die Solidarität mit den im Kampfe gegen eine Senkung ihrer Löhne stehenden Arbeitern des Reiches, der Reichsbahn und der Reichspost und der Gemeinden zum Ausdruck gebracht.

SPD. Halle, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der im 17. Jahrhundert begründeten kaiserlich Leopoldinischen Akademie der Naturforscher, die ihren Sitz in Halle hat, ist man umfangreichen Unterschlagungen auf die Spur gekommen. Der Archivar Löffler, durch dessen Hände sämtliche Gelder gingen, hat in den letzten Jahren ungefähr 24 000 Mark unterschlagen und Tausende von Belegen, zumeist Rechnungen von kleinen Geschäftsleuten und Handwerkern entweder hundertweise hinter Bücherregalen versteckt oder vernichtet. Das Gesamtvermögen der hochangesehenen wissenschaftlichen Akademie, das man auf rund 4 Millionen Mark schätzt, stammt in der Hauptsache aus Beiträgen von Kommunen und kommunalen Verbänden.

Der ungetreue Archivar gehört den Rechtskreisen an. Die "nationale" Presse versucht deshalb die Unterschlagungen als Bagatelle hinzustellen zumal die Unterschlagungen nicht einmal 1% des Gesamtvermögens ausmachten. Schöne Ehrenmänner!

SPD. Der neueste Wirtschaftsskandal um den Schultheiss-Konzern ist den Herrschaften von der Harzburger Front sehr peinlich. Sie sind sehr stille. Nur die "Deutsche Zeitung" witzelt einiges über Herrn Katzenellenbogen, der aus Krotoschin in Posen stammt. Man muss nicht gerade aus Krotoschin sein, um Schiebungen und Betrügereien machen zu können. Beweis: Herr Lahusen aus Bremen und Herr Reinhart von der Commer- und Privatbank, der in die Schiebung bei Schultheiss verwickelt ist. Die beiden Herren, die sich so begabt gezeigt haben stammen beide nicht aus Krotoschin. Dagegen haben sie beide einen anderen Vorzug: sie sind nämlich deutschnational!

SPD. München, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Vor kurzem hat ein massgebender Führer der Nazis bei einem SA-Appell seinen Leuten mitgeteilt, dass die Münchener SA demnächst ins westliche Industriegebiet verlegt und die dortige SA nach München versetzt werde. Diese Umdispositionen sollten im November erfolgen.

Was dieser Münchener Hakenkreuzführer mitzuteilen wusste, ist jetzt durch angebliche Kuriere unter den SA-Abteilungen draussen im Lande verbreitet. Durch Zufall hat die "Münchener Post" von einer Unterredung erfahren, die einer dieser hakenkreuzlerischen Kuriere mit einem SA-Vertrauensmann hatte. Dieser Kurier berichtete, dass in der Nacht vom 8. zum 9. November losgeschlagen werde. An Waffenständen der SA pro Mann durchschnittlich 3 Gewehre zur Verfügung. Es sei alles, so betonte der Kurier, gut vorbereitet und müsse klappen, wenn nichts verraten werde.

Die "Münchener Post" erklärt dazu, dass diese Pläne nach ihrer Kenntnis einen sehr ernsthaften Hintergrund haben. Gleichlautende Mitteilungen seien ihr aus den verschiedensten Gebieten zugegangen.

SPD. Frankfurt/M., 27. Oktober (Eig. Dr.)

In der Dienstag-Verhandlung des Favagprozesses stand wieder einmal der Angeklagte Mädje-Berlin im Mittelpunkt. Mädje hat als Generaldirektor der Berlin-Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft, einer Tochtergesellschaft der Favag, eine Zahlung dieser "Tochter" an die "Mutter" derart getätigt, dass er mit einem Handkoffer mit Wertpapieren und Bargeld in Höhe von 110 000 Mark von Frankfurt nach Berlin reiste, aber diesen Betrag nicht etwa bei der Favag einzahlte, sondern auf dem Schreibtisch des Generaldirektors der Favag, Dumcke, deponierte und zu gleichen Teilen mit Dumcke und Generaldirektor Becker teilte. Generaldirektor Mädje ist wiederholt als "Kassenbote" von Berlin nach Frankfurt gereist, aber immer nur, wenn es die Beträge privat zu verteilen galt. Wo Zahlungen wirklich an die Favag zu leisten waren, hat Direktor Mädje davon abgesehen, den nötigen Mammon in seinem Handkoffer von Berlin nach Frankfurt zu transportieren.

Auch nach den merkwürdigen Grundsätzen der Favagdirektoren hätten diese 110 000 Mark aus Mädjes Koffer eigentlich garnicht zur Verteilung gelangen dürfen. Es handelt sich dabei nämlich nicht, wie in anderen Fällen, um Gewinne. Vielmehr hatte man mit einem Verlust gerechnet, der sich später um 110 000 Mark verringerte. Aus Freude über diesen nicht eingetretenen Verlustfall bewilligten sich die Direktoren, natürlich ohne die Aufsichtsräte der beiden Gesellschaften zu fragen, diese "Sondervergütung" für ihre "Müheleistungen".

In einem weiteren Fall wird den Favagdirektoren Becker, Lindner und Schumacher zur Last gelegt, dass sie ohne Genehmigung des Aufsichtsrates für 300 000 Mark Aktien der Favag zu Spekulationszwecken übernommen haben und diesen Betrag nur mit sieben Prozent verzinst hätten, während die Favag gleichzeitig genötigt war, kurzfristiges Geld mit neun Prozent zu verzinsen. Die Angeklagten halten diese Angelegenheit auch heute noch für absolut harmlos. Der Angeklagte Direktor Lindner will nicht einsehen, dass er durch Uebernahme von Aktien, die vorher die Favag im Besitz hatte, dieser Gewinnchancen genommen hat, sondern er beruft sich unter Heiterkeit des Gerichtssaales darauf, dass auch im Jahre 1926 Krieg und Revolution ihm und der Favag Verluste hätten bringen können.

SPD. Die Berliner Kriminalpolizei hat am Dienstag im Zusammenhang mit den Sprengstoff-Funden bei dem kommunistischen Funktionär Ueberbrück wiederum bei zahlreichen Berliner Kommunisten Haussuchungen vorgenommen. U.a. wurden auch die Wohnungen der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Kreutzberg, Geschke, Schneller und des preussischen Landtagsabgeordneten Rau durchsucht. Überall wurde zahlreiches Korrespondenzmaterial beschlagnahmt und zur genauen Durchsicht in das Polizeipräsidium geschafft. Sprengstoffe wurden nicht gefunden.

Die Polizei hat inzwischen die Frau des Kommunisten Ueberbrück ebenfalls verhaftet. Der Gang der Untersuchung hat ergeben, dass Frau Ueberbrück von dem Vorhandensein des gefährlichen Sprengstofflagers und ebenso von dem Treiben ihres Mannes genaue Kenntnis hatte. Ihre Vernehmung war bisher erfolglos, da sie ebenso wie ihr Mann jede Aussage verweigert.

SPD. Genf, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

China hat dem Völkerbund am Dienstag mitgeteilt, dass es sich verpflichtet will, alle Differenzen mit Japan über die Auslegung der Mandschurei-Verträge durch schiedsgerichtliche oder gerichtliche Lösung zu regeln. Um diesen Willen in die Tat umzusetzen, hat sich die chinesische Regierung bereit erklärt, mit Japan ein schiedsgerichtliches Verfahren abzuschliessen.

SPD. Wien, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der Kreditanstalt und Begründer der Amstelbank Ehronfest schuldet nach Mitteilungen des Justizministers im Nationalrat der Kreditanstalt 1,4 Millionen Schilling und der Amstelbank 2,7 Millionen Schilling. Anderen Wiener Banken schuldet er insgesamt 12 Millionen Schilling. Die Gelder wurden durch falsche Spekulationen vermacht.

SPD. London, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Wahntag ist nach bis abends 9 Uhr vorliegenden Berichten überall ruhig verlaufen. In London wurde die Wahltätigkeit durch einen schweren Nebel behindert, der den Verkehr verlangsamte, die Werbung durch Plakate und Automobile hemmte und die Tätigkeit der Wahlredner auf der Strasse stark einschränkte. Kinos, Warenhäuser, Zeitungen und die Tanzlokale des Londoner Westens haben umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um die ersten Wahlergebnisse im Laufe der Nacht in Laufschrift oder auf der Leinwand anzukündigen. Wer zu Hause bleibt, kann die Ergebnisse im Rundfunk hören.

SPD. Wien, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

In verschiedenen Gegenden Tirols wurden in den letzten Tagen in Bauernversammlungen heftige Angriffe gegen die Regierung gerichtet. Ausserdem wurde mit dem Steuerstreik gedroht. Die Bewegung, durch die Not der Bauern hervorgerufen, wird von den Hakenkreuzlern und der Heimwehr geschürt. Sie hat jetzt auch auf Kärnten übergegriffen.

SPD. Warschau, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen die Führer der polnischen Linksoption kam am Dienstag-Vormittag als erster Angeklagter Abg. Dr. Hermann Liebermann zu Wort. In einer zweistündigen Rede ging er von der Verteidigung sofort zu einem äußerst eindrucksvollen Angriff gegen das heutige Regime in Polen über.

Die Anklage, so führte Liebermann aus, habe keine Ahnung vom Wesen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, sonst könnte sie den Führern der polnischen Sozialisten niemals Verschwörungen und Rechtswidrigkeiten vorwerfen. Es liege im Wesen der Bewegung, dass sie ihren Sieg nur von dem Klassenbewusstsein der breiten arbeitenden Masse erhoffe, das sich auf demokratischem Wege durchsetzen könne und müsse. Während aber die Opposition nur das geltende Recht über die noch in Kraft stehende polnische Verfassung verteidigt hätte, seien die Pilsudskiregierungen auf ganz andere Weise vorgegangen. Die Behauptung der Anklage, dass im Parlamentsgebäude Waffen versteckt gewesen seien, sei falsch. Als die Pilsudskioffiziere in das Gebäude eingedrungen seien, habe er, Liebermann, vergeblich nach einem Revolver gesucht, um sein Leben notfalls so teuer wie möglich zu verkaufen. Das Verhalten des jetzigen Staatspräsidenten habe den Glauben auch an den Wert der Eide an den höchsten Regierungsstellen erschüttert. Er erinnere nur an die Schliessung einer Parlamentssession, die erfolgte, noch bevor der Sejm zu einer einzigen Sitzung zusammengetreten wäre und die die Vorschriften über die Einberufung des Parlaments vollkommen illusorisch gemacht hätten. Wie ein Umsturz organisiert würde, sei aus dem Pilsudskiumsturz von 1926 bekannt genug. Die Pilsudskisten hätten der Linken schon früher einen gewaltsamen Umsturz vorgeschlagen und sie wüssten gut genug, dass dieser Vorschlag damals von den heutigen Angeklagten grundsätzlich abgelehnt worden sei.

Als Liebermann dann über die Vorgänge in Brest-Litowsk sprechen will, unterbricht ihn der Vorsitzende mit der Erklärung, dass dies nicht zur Anklage gehöre. Liebermann antwortet: "Aber die Broschüre der Arbeiterinternationale über Brest-Litowsk befindet sich ja bei den Anklageakten und soll zu unserer Belastung dienen! Was in dieser Broschüre steht, ist Wort für Wort richtig, und ich habe Vandervelde, der sie herausgegeben hat, dafür gedankt. Der Grund für Brest-Litowsk war nicht, wie das heute behauptet wird, eine Staatsnotwendigkeit. Brest-Litowsk war nichts weiter als ein schändliches Mittel für ein einfaches Wahlgeschäft. Das haben Pilsudskiblätter, wie zum Beispiel die Warschauer Wochenschrift "Przelom", offen zugegeben." - Der Angeklagte schliesst, indem er darauf hinweist, dass alles, was die Oppositionsführer getan hätten, geschehen sei, im Sinne und zum Besten der Millionen arbeitender Menschen in Stadt und Land, und dass er das Urteil der Geschichte über sein Verhalten daher in voller Ruhe erwarte.

Der frühere Arbeitsminister Abg. Barlicki führt aus: "Nicht Umsturz, sondern legale Ausschaltung Pilsudskis aus der Regierung sei das Ziel des Linksblocks gewesen. Dass die Führer der Opposition keine bewaffneten Helfer gehabt hätten, beweise das traurige Schicksal des Bauernabgeordneten Dombiski, der von Offizieren in seiner Wohnung überfallen worden und inzwischen an den Folgen dieses tätlichen Angriffs gestorben sei. Auch er, Barlicki, habe damals einen Revolver bei sich tragen müssen, um sich gegen Banden zu schützen, die ihm auflauerten."

Liebermanns Beleuchtung über die Rolle des Staatspräsidenten Moscicki ergänzt Barlicki durch den Bericht über eine Audienz, die er gemeinsam mit einem anderen sozialistischen Führer hatte. Auf die Frage, wann der Präsident den Sejm einberufen werde, sei ihm die Antwort zuteil geworden: darüber habe der Kriegsminister Pilsudski noch keine Entscheidung getroffen.....

Grausige Einzelheiten über Brest-Litowsk berichtet dann der jüngste der Angeklagten, der Arbeiterjugendführer Abgeordneter Dubois. Als der Vorsitzende ihn unterbricht und seine Angaben für unbewiesen erklärt, ruft der frühere Innenminister Dr. Kiernik: Aber meine Wunden hat ja der Arzt begutachtet. Dubois schildert, wie der Gefängniskommandant von Brest-Litowsk während der

Voruntersuchung den Untersuchungsrichter und den Staatsanwalt, der es inzwischen bis zum Justizminister gebracht hat, vollkommen ausschaltete. Das Gericht wird durch diese Aussagen sichtlich nervös. Der Vorsitzende erklärt, dass er weitere Mitteilungen über Brest-Litowsk nicht mehr zulassen werde und entzieht dem nächsten Angeklagten, Abg. Mastek, als er zu erzählen beginnt wie er nach der Verhaftung misshandelt wurde, das Wort.

Die Polizeibehörden haben am Dienstag-Nachmittag alle Zeitungen, die genaue Prozessberichte veröffentlichten, konfisziert. Auch ausländische Blätter, die sich offen über den Prozess äussern, werden neuerdings auf höhere Anweisung beschlagnahmt.

SPD. Weimar, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am 26. und 27. Oktober tagte unter dem Vorsitz des Leipziger Historikers Geheimrat Dr. Goetz in Weimar der sogenannte Weimarer Kreis der deutschen Hochschullehrer. Diesem Kreis gehören verfassungstreue Universitätsprofessoren aus allen Fakultäten und politischen Lagern an. Er reicht von der Volkspartei, die durch ihren Nestor Geheimrat Professor Kahl vertreten war, bis zur Sozialdemokratie, von der die Professoren Radbruch, Schaxel, Peters, Hermsberg, Piper und viele andere erschienen waren. Die Tagung endete mit der Annahme folgender Entschliessung :

"Die im Weimarer Kreis vereinigten Hochschullehrer sind in eingehender Beratung der beunruhigenden Geisteslage weiter Kreise der Studentenschaft nachgegangen. Sie sind sich bewusst, dass durch die unlösliche Verknüpfung des Einzelschicksals mit der Not des Landes sich der akademischen Jugend eine tiefe Hoffnungslosigkeit und Radikalisierung bemächtigt hat. Sie stehen dieser Jugend in ihrem Existenzkampf und im Ringen um die Zukunft von Volk und Staat verstehend zur Seite. Zur akademischen Freiheit rechnen sie auch die Freiheit der politischen Willensbildung. Aber ohne Selbstzucht und akademische Haltung sind Freiheit und Wiederaufbau nicht zu erwerben. Die Hochschullehrer des Weimarer Kreises sind deshalb entschlossen, mit Nachdruck alle neuen Versuche, politische Unsitten der Strasse in die Hochschulen zu tragen, zu ihrem Teile entgegenzutreten. Schwächliche Zurückhaltung und unangebrachte Nachsicht bei solchen Ausschreitungen gefährden die grossen Ueberlieferungen der deutschen Hochschulen. Wir geben die Zuversicht nicht auf, dass im Kampf um Erhaltung und Zukunft unserer Hochschulen heute Professoren und Studenten miteinander einig sind. Der Ehre des akademischen Menschen entspricht es, auch in ernstesten politischen Auseinandersetzungen das Vorbild des ehrlichen Kampfes zu geben."

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Vollkommen meschugge.

SPD. München hat einen neuen Kunstskandal. Im klerikalischen "Bayerischen Kurier" wird in den höchsten Tönen laut Protest erhoben gegen die Verführung und Vergiftung der Kinder auf der Strasse. Wodurch werden die Kinder verführt und vergiftet? Durch eine neue Monumentalplastik, über die der "Bayerische Kurier" mit folgenden Worten herfällt:

"Was hier an der Technischen Hochschule in Zweimannsgrösse an der öffentlichen Strasse unmittelbar am Fussteig geboten wird, ist ein durch nichts gerechtfertigter, durch die öd-sinnlose Frontalstellung unterstrichener das natürlich gesunde sittliche Empfinden abstossender, roher herausfordernder Nuditätskult. Wenn auch das gesamte private und amtliche Kunstleben, wenn auch natürlich das gesamte private und amtliche Kunstsachverständigentum über ein solches Urteil herfallen wird, höher als die private und amtliche Kunstdiktatur steht die natürlich sittliche Norm, der man hier an offener Strasse ins Gesicht schlägt, steht das Recht der Eltern ihre Kinder auch in München auf der Strasse zu schicken, ohne gründlich verführt und vergiftet zu werden, steht die Forderung der pflichtgemässen Pflege des Volkswohles, das wir auf amtliche platonische Lamentos bedauern, durch die öffentliche sexuelle Hemmungslosigkeit in Wort, Schrift und Bild bis in den Kern verseucht wird, steht der Notschrei aller besonnenen Kreise gegen die unterwühlenden am Fundament der Völker rüttelnden Mächte des Kulturbolschewismus in- und ausserhalb der Kunstpolitik."

Jeder, der diese aufgeregte Deklamation liest, wird sich fragen: Was ist in München passiert, welche unsagbare Schweinerei ist es, die die Kinder auf der Strasse gründlich verführt und vergiftet, die die öffentliche sexuelle Hemmungslosigkeit und den Kulturbolschewismus demonstriert? Was steckt dahinter? Ganz einfach: An der Haupteinfahrt zur Technischen Hochschule sind zwei Monumentalwerke aufgestellt, sie stellen je ein Ross dar, das von je einem Rossebändiger am Zügel gehalten wird. Die Künstler sind die Akademieprofessoren Hahn und Blecker. Es sind wirklich akademische Werke, die wahrhaftig nicht mit Kulturbolschewismus, sexueller Hemmungslosigkeit und Kinderverführung zu tun haben. Aber, aber, aber - die beiden Rossebändiger sind nackt. Und wenn ein Münchener Kind einen nackten Mann sieht, dann ist es sofort gründlich verführt und vergiftet und verfällt sexueller Hemmungslosigkeit. Im übrigen stellen wir fest, dass der Kulturbolschewismus bereits von den alten Griechen erfunden worden ist. Die zeigten in ihren Plastiken ihre Männer nämlich auch nackt!

Kriegslüsterne Kirche.

Im Aushängekasten der evangelischen Jungschar in Oelsnitz im Erzgebirge, der mit dem Kreuz und mit dem Anker geziert ist, dem Zeichen des christlichen Glaubens und der Hoffnung, war in diesen Tagen das folgende Plakat zu lesen:

"Krieg! Jungschar, Späher, erste Schlacht Neu-Oelsnitz-Lugau!"

Die evangelischen Pastoren, die immer mehr dem Hakenkreuz verfallen, plakativieren unter dem Zeichen des Kreuzes und des Ankers Kriegspropaganda, die zur Begeisterung der Jugend für den Krieg bestimmt ist. Der Weltkrieg liegt diesen Patentchristen schon zu fern. Sie können den neuen Krieg gar nicht erwarten!

Hitler, wie wird dir!

Wir lesen in einem jüdischen Gemeindeblatt: "Im Gegensatz zu den Gerüchten in der österreichischen und deutschen antisemitischen Presse über antisemitische Tendenzen und italienischen Faschismus wird von massgeblicher faschistischer Stelle darauf hingewiesen, dass die faschistische Bewegung nach wie vor jeder antisemitischen Tendenz vollkommen fernstehe. Zur Illustrierung der Juden, im faschistischen Italien werden einige Beispiele zitiert. In der königlichen italienischen Armee gibt es zwei jüdische Korpskommandanten, der Generalingenieur der italienischen Marine ist Jude, desgleichen der Kronanwalt des Obersten Staatsgerichtshofes in Venedig und der Rektor der Universität in Rom. Der Grosrabbiner von Mailand, der auch mit Papst Pius XI. freundschaftliche Beziehungen unterhält, hat vor kurzem eine mit dem Exzellentitel verbundene Auszeichnung erhalten. Der Oberrabbiner von Venedig ist Kommandeur des italienischen Kronenordens." Hitler, wie wird dir! Da wird es nicht mehr lange dauern, dass auch er den Schlachtschrei seiner SA-Leute: Juda, verrecke! feierlich abschwört

Wilhelm, kehre zurück!

Die sogenannte deutsche Adelsgenossenschaft veröffentlicht eine von dem Vertrauensmann von Wilhelm von Doorn unterzeichnete Erklärung, in der es heisst: "Bewusst unserer durch Ehre, Ueberlieferung und Erbgut gebotenen Pflicht, halten wir unverbrüchlich fest am Bekenntnis zum Christentum an der Treue zum monarchischen Gedanken und zur Person des Monarchen und am opferwilligen Kampf für den nationalen Gedanken, der sich stützt auf den Glauben an das deutsche Volk. Gegenüber den wieder mit grosser Schärfe aufgenommenen Angriffen stellen wir uns schützend vor die deutschen Fürsten, voll Dank für das, was sie in früherer Zeit geschaffen haben. Die Bestrebungen, ihre Rechtsansprüche zu beschneiden, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück."

Die Herrschaften haben sich plötzlich wieder auf die Person des Monarchen also auf Wilhelm den Landflüchtigen, besonnen. Sie haben die geheime Hoffnung, dass er mit Hilfe der Nationalsozialisten zurückkehren könne. Diese Monarchisten sind die Bundesgenossen der Nationalsozialisten. Mit diesen und den Schärmachern gemeinsam wollen sie die Rechtsansprüche der Arbeiterschaft beschneiden. Dafür entrüsten sie sich über den Gedanken einer Senkung der Fürstenrenten!

Nationale Bruderliebe.

Der Stahlhelmoberst Bauer in Starnberg erteilt den Stahlhelmrekruten Instruktionsstunde. Er lehrt ihnen, wie man im Bürgerkrieg Strassen abriegelt und andere schöne Dinge. Er lehrt auch, wie man militärisch zu grüssen hat, und dabei entrüstete er sich über das schlechte Verhältnis zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten. Er habe wahrnehmen müssen, dass die Stahlhelmkameraden ihre nationalsozialistischen Brüder schlecht grüssten. Das dürfe nicht mehr vorkommen, denn Stahlhelm und Nationalsozialisten seien eine Korporation.

Da muss es sehr erhebliche Spannungen zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten gegeben haben, und die gegenseitige Feindschaft, die in Harzburg so offen zutage getreten ist, scheint auch anderwärts zu bestehen.

Aus aller Welt

"Bayerisches Bier".

Heiteres aus der Praxis der amerikanischen Prohibition.

SPD. New York, Mitte Oktober (Eig. Ber.)

Selbst viele einsichtige amerikanische Politiker, die immer treue Anhänger des Alkoholverbotes waren, müssen in der letzten Zeit zugeben, dass es sich jetzt erst zeigt, wie weit die Prohibition dem Alkohol zur Herrschaft verholfen habe. Von allen Seiten wird auch bestätigt, dass die Prohibition die Kriminalität in U.S.A. ungeheuer anwachsen liess, und dann durch das Alkoholverbot die sogenannte "Unterwelt" überhaupt erst geschaffen wurde. Alkoholschmuggel und Alkoholhandel steigen trotz der furchtbaren wirtschaftlichen Krise auch heute noch an.

Noch nie gab es in Amerika so viele "Speak easies" (deutsch: "sprich leise", d.h. Lokale, die Alkohol ausschenken) wie jetzt. Zum Wohle ihrer Tasche haben die Alkoholschmuggler über ganz U.S.A. solche Lokale eröffnet und verkaufen dort die minderwertigsten Spirituosen zu den teuersten Preisen. Das amerikanische Bürgertum hat trotz der Krise immer noch genügend Geld, um die wahnsinnigsten Preise für eine Flasche üblen Whisky zu bezahlen.

Die Besitzer der Speak Easies tun alles, um zur Polizei die besten Beziehungen zu unterhalten. Die meisten Alkohollokale zahlen ihren zuständigen Polizeireviere "Steuern". Kein Wunder, dass nur selten Alkohollokale ausgehoben werden - es gibt ihrer jetzt beinahe so viele wie Kinos in U.S.A. Man erzählt sich einen bezeichnenden Witz: Ein Chicagoer Bürger fragte einmal in New York einen Schutzmann: "Wo ist hier das nächste speak easie?" "O", antwortete der Hüter des Gesetzes, "sehen Sie diese Kirche: da ist kein speak easie - sonst aber in jedem Haus!" Und tatsächlich ist jedes Lokal an der New Yorker Broadway ein speak easie; jedermann ist ohne weiteres in der Lage, in beinahe jedem Lokal Alkohol zu bekommen. Die einzige Konzession, die die Herren Alkoholschmuggler der Polizei und dem "Weissen Haus" machen, ist, dass der Schnaps in Lokalen in Milchtassen verkauft wird!

Infolgedessen erregte es in New York einiges Aufsehen, als ein Restaurant ein einladendes Schild anbrachte: "Echtes bayerisches Bier nur hier!" So offen hatte eigentlich noch nie ein Lokal den verbotenen Stoff angepriesen. Der Wirt machte ein Bombengeschäft. 5 Dollar zahlten die Kapitalisten New Yorks für das Glas Bier, und sie zahlten es gern, denn sie berechneten mitfühlend, wieviel Polizeiunkosten wohl bei einem solch offenen Handel mit Alkohol bezahlt werden müssen.

Indes stellte der Hauptmann des zuständigen Polizeireviere eines Tages fest, dass der Besitzer dieses Bayerisch-Bier-speak easies die schon beinahe "gesetzlich" gewordene "Polizeisteuer" noch nicht bezahlt hatte. Auf eine zarte Mahnung erwiderte der Wirt, dass es ihm nicht einfalle, Bestechungsgelder zu zahlen. Daraufhin meldete der Hauptmann das Lokal der Prohibitionszentrale und schon am nächsten Tage stürmten deren Agenten das speak easie. Der Besitzer wurde verhaftet. 50 Fässer Bier verfielen der Beschlagnahme.

Am nächsten Tag Verhör vor dem Polizeirichter in New York: "Mr. X, Sie haben schwer gegen das Gesetz der Prohibition verstossen! Geben Sie Ihre Gesetzesübertretung zu?" "Nein, Herr Richter!" "Was, Sie leugnen, dass 50 Tonnen Bier beschlagnahmt wurden?" "Jawohl, Herr Richter, Fässer - aber kein Bier! Ich beantrage die chemische Untersuchung!"

Bei der chemischen Untersuchung wurde festgestellt, dass in den 50 be-

Schlagnahmen Fässer kein Bier war, sondern amerikanisches Near-beer das nicht verboten ist, weil es nur 0,00001 % Alkohol enthält. Near-beer heisst zwar "Nahe an Bier", aber diese Limonade hat mit Bier und schon gar mit bayerischem herzlich wenig zu tun!

Seit Wochen war bei Mr.X, wie er beweisen konnte, nur diese erlaubte Limonade als Bayerisches Bier verkauft worden. Die New Yorker hatten statt des wahren Gegenwertes von einigen Cents 5 Dollar für das Glas bezahlt und nicht erkannt, dass sie mit allen Wonnen der Gesetzesübertretung die ihnen sonst altbekannte Limonade als Bayerisch Bier getrunken hatten. Nun allerdings kommt kein Mensch mehr in die New Yorker Bayerisch-Bier-Kneipe, und demaskiert fliesst die braune Limonade aus den Fässern.

Während die Anhänger der Prohibition nicht genug über den Vorfall lachen können, jammern die "Massen": "In zehn Jahren werden unsere Kinder zwischen Selterwasser und Whisky nicht mehr unterscheiden können!" Nun, diese Klage scheint reichlich übereilt, denn vorläufig ist kaum ein junger New Yorker ohne Whisky-Flasche anzutreffen...

G.

+ + +
Vor der Katastrophe - -

Aerzte-Vernehmung im Lübecker Calmette-Prozess.

SPD.Lübeck, 27.Oktober (Eig.Drahtb.)

Im Calmette-Prozess bekundete Präsident Helms von der Landesversicherungsanstalt Lübeck, der dem vom Gesundheitsrat eingesetzten Untersuchungsausschuss angehört hatte, dass er Professor Deyke gefragt habe, ob die Anwendung des Calmette-Mittels unbedenklich sei. Deyke habe geantwortet, unschädlich sei das Mittel auf alle Fälle. Ausserdem sei wahrscheinlich, dass es immunisierende Wirkung habe.

An Senator Mehrlein wurde die Frage gerichtet, ob er Helms beauftragt habe, einen förmlichen Beschluss der Aerzteschaft über die Anwendung des Calmette-Mittels herbeizuführen. Mehrlein erklärte, ihm habe lediglich an der Zustimmung der Aerzteschaft gelegen. Ihm sei bekannt, dass sich in der Versammlung des ärztlichen Vereins keiner der Aerzte gegen die Anwendung des Calmette-Verfahrens gewandt habe.

Dr.Jannasch, der Leiter der Tuberkulosefürsorgestelle, blieb auf Antrag von Rechtsanwalt Dr.Frey zunächst unvereidigt. Jannasch führte aus, er habe sich in der Sitzung des Gesundheitsrates dafür ausgesprochen, dass sich die Schutzimpfung auch auf Kinder aus nicht tuberkulösem Milieu erstrecke. Für seinen Vortrag im ärztlichen Verein habe er alle ihm zugängigen Pro- und Contra-Schriften über Calmette gelesen. Massgeblich sei für ihn die positive Einstellung Professor Deykes gewesen. Im ärztlichen Verein habe er dann so sachlich wie möglich gesprochen; Widerspruch gegen die Einführung des Calmette-Verfahrens sei in der Diskussion nicht laut geworden.

Die als Zeugin vernommene Schwester Gertrud Hoffmann, die Vorsitzende des Lübecker Hebammenvereins, sagte aus, dass nach Anweisung Dr.Altstaedts nur die Hebammen die Fütterung vornehmen sollten, nicht aber die Eltern der Kinder.

Dr.Welcker, der Oberarzt der Inneren Abteilung im Allgemeinen Krankenhaus, und die Krankenschwester Else Schmidt äusserten sich allgemein über die Zustände im Laboratorium. Ihre Aussagen bestätigten die Behauptungen Calmettes, dass das Laboratorium des Allgemeinen Krankenhauses in Lübeck für die Herstellung des BCG weder hinreichend geeignet noch ausgerüstet war.

Rechtsanwalt Dr.Frey, der Vertreter der Nebenkläger, wiederholte den bereits früher eingebrachten, aber abgelehnten Antrag, Professor Calmette zu laden. Calmette soll bekunden, dass er ohne jede Kenntnis der tatsächlichen

Herstellungsart und der Herstellungsortlichkeiten sein Präparat abgegeben hat, 2. dass er von der selbständigen Herstellung durch Professor Deyke vor dem Unglück nichts erfahren hat, 3. dass er an ein Laboratorium wie das Ubecker nie sein Einverständnis zur Herstellung erteilt hätte.

† † †
Sklarek gegen Scholtz. In der Dienstagsitzung des Berliner Sklarek-Prozesses richtete der Angeklagte Leo Sklarek heftige Angriffe gegen Bürgermeister Scholtz, der die Anzeige gegen die Brüder Sklarek während der Amerika-reise des Oberbürgermeister Böss nur erstattet habe, um selber Oberbürgermeister zu werden. "Er hat die Anzeige gegen uns, auf Grund deren wir in der Nacht verhaftet wurden, nicht aus dem Rathaus gemacht", führte Leo Sklarek aus, "sondern plötzlich aus dem Opernrestaurant. Wenn wir weiter gearbeitet hätten bis zum Jahre 1935, dann wäre kein Schaden entstanden, dann wäre der Name Berlins nicht durch den Dreck gezogen und die Arbeiter hätten nicht ihr Brot verloren." Vors. "Es kann doch wohl nicht bestritten werden, dass Unebenheiten bei der Stadtbank aufgedeckt wurden..." Auch der Vertreter der Staatsanwaltschaft widersprach der Darstellung Leo Sklareks; Bürgermeister Scholtz werde als Zeuge bekunden, dass die Angelegenheit schon vor der Amerikareise des Oberbürgermeisters ins Rollen gekommen sei und in Händen der Kriminalpolizei gelegen habe.

Zu dem Verkauf des Restlagers der KVG an die Brüder Sklarek behaupteten Willi und Leo Sklarek wie früher, dass dieses Lager sehr minderwertig gewesen sei. Als der Vorsitzende den Angeklagten Sakolowski fragte, warum er als Liquidator der KVG nicht auf pünktlicher Zahlung durch die Firma Sklarek bestanden habe (die Schuld betrug zeitweilig über 200 000 Mark), antwortete der Angeklagte: "Ich habe ja auch immer gemahnt, es hatte aber doch kein Mensch etwas dagegen, dass die Sklareks nicht pünktlich zahlten. Man wollte doch im Aufsichtsrat Ruhe und Frieden haben." Leo Sklarek: "Doch, so war es, Herr Vorsitzender, wenn die Sklareks mit Angeboten kamen, waren alle 24 Magistratsmitglieder einig...". Ferner wurde dem Angeklagten Sakolowski zum Vorwurf gemacht, dass er einem im Jahre 1926 eingesetzten Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der Geschäfte und Liquidation der KVG ganz falsche buchmässige Auskünfte gegeben habe. Der Angeklagte meinte, dass es auf Kleinigkeiten doch nicht angekommen sei...

† † †
Schultheiss und der Staatsanwalt. Die Staatsanwaltschaft I in Berlin hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, durch das die Vorgänge in der Konzern-Affäre "Schultheiss-Patzenhofer-Katzenellenbogen-Reinhart-Jakob Goldschmidt" aufgeklärt werden sollen. Vom Ergebnis des Ermittlungsverfahrens wird die eventuelle gerichtliche Voruntersuchung und Anklageerhebung abhängen.

† † †
Ein Kind verbrannt! In Frankfurt-Niederrad hatte ein Kind im Bett während kurzer Abwesenheit der Mutter mit Streichhölzern gespielt und das Bett in Brand gesetzt. Das Kind erlitt furchtbare Brandverletzungen und verstarb nach kurzer Zeit.

† † †
Verhaftete Doppelmörderin. In Los Angeles (Kalifornien) wurde die Ärztin Dr. Ruth Judd unter der Beschuldigung, eine Röntgenlaborantin und deren Freundin ermordet zu haben, verhaftet. Die Leichen der beiden ermordeten Frauen waren in einem Koffer auf einer Eisenbahnstation aufgefunden worden. Zuerst kam der Bruder der Mörderin in den Verdacht der Täterschaft. Schliesslich verriet der Bruder seine 27jährige Schwester, die erst nach umfangreicher Suche ermittelt werden konnte. Die Verbrecherin ist geständig. Ueber ihre Motive ist noch nichts bekannt.

Gewerkschaftliche Bündnis

Der Kampf ums Brot.

Zur Lohnbewegung der Eisenbahner.

SPD. Im Lohnkonflikt bei der Reichsbahn hat der Schlichter am Dienstag Abend einen Schiedsspruch gefällt, der eine Zwischenlösung darstellt. Er sieht eine vorläufige Verlängerung des Tarifvertrags vor. Die Verhandlungen sollen wieder aufgenommen werden, sobald die Entscheidung in dem noch schwebenden Lohnstreit der Arbeiter des Reichs, der Reichspost und der Gemeinden vorliegt. Die Gewerkschaften haben den Zwischenchiedsspruch angenommen, die Reichsbahn hat ihn, abgelehnt.

Die Gewerkschaften haben im Lohnkonflikt der Eisenbahner mobil gemacht. Den ganzen Dienstag über wurden von den Organisationen nicht nur bei den Lohnverhandlungen selbst, sondern auch an anderer Stelle Vorstöße unternommen, um vor allem die Regierung auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen. Am Dienstag Vormittag wurden die Vertreter der Eisenbahnverbände beim Reichsverkehrsminister vorstellig. Im Anschluss daran fanden auch im Reichsarbeitsministerium nochmals Besprechungen statt. Die Gewerkschaften sind, wie man sieht auf dem Damm. Ihre Aktivität blieb nicht ohne Erfolg. Im Lohnkonflikt der Eisenbahner haben sie zunächst einmal Zeit gewonnen. Die Lohnregelung der Eisenbahnerlöhne ist vertagt bis nach der Entscheidung über die Lohnfrage der Reichsarbeiter. Zunächst hat also jetzt der Wirtschaftsbeirat das Wort. Er muss Klarheit darüber schaffen, ob in Deutschland der bisherige Weg des Wahnsinns, d.h. der Weg des ewigen Lohnabbaus weiter begangen werden soll oder ob jetzt endlich einmal Löhne und Preise in ein erträgliches Verhältnis gebracht werden.

Die Gewerkschaften haben also zunächst erreicht, dass nicht durch einen Fehlspruch im Lohnkonflikt der Eisenbahner sowohl für die Arbeiter der Reichsbahn wie für die gesamte Arbeiterschaft, ja für die gesamte Wirtschaft eine verhängnisvolle Entscheidung getroffen wurde. Da am 31. Oktober über Zweidrittel aller deutschen Lohntarife ablaufen und dadurch Millionen von Arbeitern mit ihren Angehörigen vor der Schreckensfrage stehen: hungern oder noch mehr hungern? wäre es ein Verbrechen gewesen, wenn jetzt in der Lohnfrage der Eisenbahner ein neuer Lohnabbau sozusagen vom Zaun gebrochen worden wäre.

Die Klärung der Lohnfrage soll also im Wirtschaftsbeirat herbeiführt werden - die Klärung; die Entscheidung wird bei der Regierung liegen. Von der Verantwortung für diese Entscheidung wird niemand die Regierung befreien können. Wird der Reichskanzler bei dieser Entscheidung zu seinem Wort stehen, dass die Unternehmer nicht glauben sollten, nur allein mit dem Lohnabbau könnte die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden?

Die Fanatiker des Lohnabbaus machen die grössten Anstrengungen, um die Regierung auf dem Weg des Wahnsinns, d.h. auf dem des Lohnabbaus bis unter die Arbeitslosenunterstützung, vorwärtszudrängen. Die Wirkung dieser Anstrengungen ist in der Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Allgemein-

Verbindlichkeit von Lohnтарifen bereits recht deutlich zu beobachten. Will das Ministerium vor dem Drängen der Scharfmacher noch weiter zurückweichen? Will der Reichsarbeitsminister sein Wort, dass er für die Erhaltung des Tarifgedankens eintrete, durch die Praxis seines Ministeriums zu einer Phrase machen lassen? Die Gefahr, dass das eintritt, ist sehr gross.

Die Vorstösse des Unternehmertums hinter den Kulissen werden geschickt gedeckt durch ein wildes Trommelfeuer der Unternehmerpresse gegen die Gewerkschaften. Die Scharfmacherorgane bringen es jetzt bereits fertig, die Gewerkschaften mit den Junkern von anno 1918 in eine Parallele zu stellen. Was damals die Sozialdemokratie den Junkern im Herrenhaus vorgehalten habe, das gelte heute unter geschichtlich veränderten Verhältnissen für die Sozialdemokratie selbst, die mit rückwärts gewandtem Blick an innerlich längst ausgehöhlten Errungenschaften mit der gleichen Liebe hänge, wie sie seit jeher Reaktionen zueigen gewesen sei. Die Gewerkschaften hätten keinen Blick dafür, dass das Schicksal der Tarifverträge nur davon abhängt, ob der Inhalt der Tarife rechtzeitig im Einklang mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gebracht werde. Keine Form lasse sich retten, wenn ein überstarker Druck ihres Inhalts alle Fesseln sprengt. Die grösste Gefahr für die Tarifverträge liege in der einfachen Tatsache, dass immer weniger Arbeitnehmer gewillt seien, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, wenn sie vor der Wahl stünden, ob ihre Betriebe mit dem Tarifvertrag zugrunde gehen sollen oder unter Verzicht auf die Tarifvorschriften weiter bestehen bleiben dürfen. Erst wenn die Tarifwahrheit in dem Sinn hergestellt sei, dass die im Tarif enthaltenen Löhne den Lebensinteressen der Wirtschaft entsprechen, könne überhaupt die Autorität des Tarifgrundsatzes gewahrt werden.

Man sieht, der Verkehr der Scharfmacher mit Hitler blieb nicht ohne Wirkung. Hitlers Organe könnten nicht demagogischer reden. Die Unternehmer wollen Tarifwahrheit? Sie wollen Löhne, die den Lebensinteressen der Wirtschaft entsprechen? Nun, über diese Lebensinteressen wird man sich hoffentlich im Wirtschaftsbeirat recht deutlich aussprechen. Zu diesen Lebensinteressen gehört auch das Leben, das nackte Leben der Arbeiter. Und zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gehört auch die Aufrechterhaltung des letzten Restes der Kaufkraft, der den Arbeitsmarkt vor dem völligen Zusammenbruch schützt. Die Tarifwahrheit aber besteht in Löhnen, die unter die Arbeitslosenunterstützung sinken. Wenn die Wirtschaft mit dieser Wahrheit noch nicht bestehen kann, dann ist ihr nicht mehr zu helfen. Nach der Abrechnung der Invalidenversicherung vom zweiten Quartal dieses Jahres verdienen 51,3% der versicherten Arbeiter pro Monat weniger wie 100 Mark Bruttolohn. Die an sich niedrigen Tariflöhne sind wiederholt gesenkt worden. Im Ruhrbergbau um 13%. Ferner bestehen heute allgemein kurze Kündigungsfristen für die Lohnтарife. Ausser den Lohnabzügen kommt ein gewaltiger Lohnausfall in Frage durch Kurzarbeit und Feierschichten. In der Fertigungsindustrie gibt es fast keine vollbeschäftigten Arbeitnehmer mehr. In den Industriestädten gibt es heute Tausende von Fällen, in denen der Arbeiter nicht einmal mehr so viel Lohn mit nach Hause bringt, wie die Wohlfahrtsunterstützung beträgt. Das ist die Tarifwahrheit und das sind Feststellungen, die nicht von den freien Gewerkschaften, sondern von christlicher Seite stammen.

Die Wahrheit über die Tarife, die Wahrheit über die Wirtschaft überhaupt im Wirtschaftsbeirat muss sie während der Kampfpause der Lohnbewegung an den Tag.

SPD. Die Entschädigung der Beisitzer bei den Organen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist mit Wirkung vom 25. Oktober ab gekürzt worden. Sie sinkt von 12, bzw. 9 Mark auf 9,60 bzw. 7,20 Mark.



Minierarbeit der Schwerindustrie.

(Von unserem holländischen Mitarbeiter.)

SPD. Amsterdam, 27. Okt. (Eig. Ber.)

Es liegt System in der Art, wie die Gegner des republikanischen Systems nicht nur innerhalb, sondern auch ausserhalb Deutschlands das Ansehen der deutschen Republik untergraben und bewusst auf eine zweite Inflation hinarbeiten. Das Ziel ist, das Vertrauen zur deutschen Reichsmark zu vernichten und den deutschen Kredit so zu erschüttern.

Als Sprachrohr bedient sich die deutsche Schwerindustrie dazu in Holland des "Nieuwe Rotterdamsche Courant". Der "Courant" ist gewissermassen an die Stelle des deutschfeindlichen "Telegraaf" getreten. Er betreibt eine indirekte Art in der Bearbeitung des Auslandes, die weit hinterhältiger ist als der offene Angriff. Das Ziel dieser Arbeit ist, die deutsche Republik zu unterminieren und zu verleumden. Dem dienen insbesondere die Artikel des Berliner Korrespondenten des Courant.

Das Rotterdamer Blatt hat seinen Korrespondenten augenscheinlich veranlasst, so ausführlich wie möglich seinem Leserpublikum die Unausbleiblichkeit des deutschen finanziellen Zusammenbruchs vor Augen zu führen. In seinen Artikeln wird, um die Sprechweise des Korrespondenten zu gebrauchen, das Reich zu einer "finanziellen Gletschermasse", worin alles unbeweglich miteinander verbunden ist. Das Ausland halte jetzt mit seinen kurzfristigen Krediten in Deutschland still und es würde kaum viel helfen, wenn es einmal den Versuch machen würde, auf dieses Stillhalten zu verzichten. Es würde zu weit führen, noch mehr aus diesen Artikeln zu zitieren, die bewusst auf eine Panikstimmung im ausländischen Publikum hinarbeiten.

Der "Nieuwe Rotterdamsche Courant" ist das Blatt, das Herrn von Beuningen, dem Rotterdamer Vertreter des Ruhrkohlsyndikats, nahesteht. Die Verbindung ist nicht zu leugnen. Es gibt da gewisse schwerwiegende Veröffentlichungen, die von Herrn van Beuningen ausgingen und die zu gleicher Zeit in den schwerindustriell beeinflussten holländischen Blättern und in der schwerindustriellen "Rheinisch-westfälischen Zeitung" in Essen erschienen. Der "Nieuwe Rotterdamsche Courant" ist ohne Zweifel Einflüssen von Kreisen zugänglich, die der Schwerindustrie in Rheinland und Westfalen nahestehen. Er hat ein Interesse daran, dass der Ansturm der deutschen Rechtsradikalen gegen das moderne Deutschland zum Ziel führt. Dieses Interesse erklärt sich auch daraus, dass das Rotterdamer Blatt der schärfste Gegner der niederländischen Sozialdemokratie und ein Befürworter des Lohnabbaugesandens in Holland ist. Er geht dabei wohl von der Auffassung aus, dass auch der Reaktion in Holland Tür und Tor offen stehen, wenn einmal die Spezialreaktion in Deutschland gesiegt habe.

Gewiss ist die Lage in Deutschland ernst und gerade deshalb muss man sich klar machen, dass ein Wiederaufbau in Deutschland ohne das Vertrauen des Auslandes unmöglich ist. Die deutsche Regierung hat erklärt, dass sie unter keinen Umständen eine Inflation dulden wird. Was nützt das aber, wenn im Ausland Tag für Tag gegen die Mark gewühlt wird. Die Tätigkeit der Sozialreaktion im Auslande ist nur eine Ergänzung ihrer Tätigkeit in Deutschland. Die Fäden führen von hüben nach drüben.

SPD. Der Generaldirektor der Commerz- und Privatbank Reinhart, den die Reichsregierung in ihren Wirtschaftsbeirat berufen hat, erklärt zum Spritskandal, dass er mit diesen Dingen nichts zu tun habe. Das ist eine sehr kalt-schnäuzige Erklärung, die lebhaft an eine Erklärung Ludwig Katzenellenbogens erinnert, des langjährigen Freundes Reinharts. Als das Aktiengeschäft, das jetzt zum Skandal bei Schultheiss-Patzenhofer geführt hat, fest im Gange war, erklärte Ludwig Katzenellenbogen, der Generaldirektor bei Schultheiss-Patzenhofer der u. a. seinem Freund Reinhart den Auftrag für dieses Geschäft gegeben hatte, alles sei nicht wahr und erlogen. Mit dieser Erklärung Ludwig Katzenellenbogens hat sich die Öffentlichkeit damals begnügt. Wir hoffen, dass sie sich mit der Erklärung Reinharts nicht beruhigen wird.

Zu der Person Friedrich Reinharts selbst wird uns von unterrichteter Seite u. a. folgendes geschrieben: Die Rolle, die Reinhart im Schultheiss-Aktiengeschäft spielt, erinnert lebhaft an seine Tätigkeit bei der Verramschung des Braunkohlenkonzerns "Ilse", der Schlüsselstellung in der ostelbischen Braunkohlenwirtschaft, vor ein paar Jahren. Trotz gegenteiliger Versicherungen und gegen einen alten Freund, den Generaldirektor der "Ilse", Kommerzienrat Schumacher, kaufte Reinhart damals über Holland Vorzugsaktien und spielte sie in die Hand eines Mannes, des Braunkohlenindustriellen Petschek, den die politischen Freunde Friedrich Reinharts ständig als tschechischen Juden verschreien. Geschäfte, wie sie Reinhart, Ludwig Katzenellenbogen und Petschek zu machen pflegen, haben selbstverständlich mit nationaler Gesinnung nichts zu tun. Auf dieses Vorrecht, das der Kapitalist unserer Tage für sich in Anspruch nimmt, könnte sich Friedrich Reinhart auch in diesem Falle berufen. Aber bei Friedrich Reinhart handelt es sich um einen Mann, der sich streng national gibt, dem Nationalsozialismus sicherlich nicht fern steht" und bei Gelegenheit des preussischen Volksentscheides mit Schacht und anderen seine Unterschrift unter den bekannten Aufruf gegen das "System" setzte. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass es Friedrich Reinhart war, der es mit seinen Freunden hintertrieb, dass das Reich (durch seine Industriegesellschaft, die Viag.) ein Aufsichtsratsmandat bei der "Ilse" erhielt, obwohl das Reich Grossaktionär bei der "Ilse" ist. Was man jedem Privatmann zugesteht, das wurde dem Reich verweigert. Das dürfte die Einstellung Reinharts zur Genüge kennzeichnen. Friedrich Reinhart steckte auch den in aller Öffentlichkeit gemachten Vorwurf ein, dass die Fernhaltung des Reiches vom Aufsichtsrat der "Ilse" nur vermuten lasse, dass bei der "Ilse" vieles das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen habe. Auch bei dem bekannten Industrieauskandal, wo Ludwig Katzenellenbogen die A.G. für Verkehrswesen nach Strich und Faden hereingelegt hat und wo der Generaldirektor der A.G. für Verkehrswesen Katzenellenbogen Bilanzfälschung und andere schöne Dinge vorwarf - der entsprechende Prozess ist zugunsten der A.G. für Verkehrswesen entschieden worden -, wurde Friedrich Reinhart viel genannt.

In der Berliner Bankwelt gilt Reinhart als der Mann, der "seine Fähigkeiten nicht im Gehirn, sondern im Ellenbogen sitzen hat". Ausgerechnet diesen Mann hat die Reichsregierung gewürdigt, Mitglied ihres Wirtschaftsbeirates zu sein, nachdem schon die Ernennung Reinharts zum Mitglied des Bankenbeirates grosses Erstaunen und grosse Verwunderung hervorgerufen hatte. Reinhart behauptet im Falle Spritkonzern, sein Name sei Mase und er wisse von nichts. Es erscheint deshalb zweckmässig abzuwarten, bis die Staatsanwaltschaft festgestellt hat, wie weit das Wissen Friedrich Reinharts in der Angelegenheit der Schultheiss-Aktien geht und ob die Weste bei Reinhart, deren blütenweisse Schönheit immer behauptet wird, wirklich weiss ist. Die Dinge liegen doch so, dass Ludwig Katzenellenbogen, der Freund Friedrich Reinharts, im Spätherbst 1929 in einem offiziellen Dementi erklärte, dass ein Aufkauf von Aktien nicht stattfand. Um dieselbe Zeit war die Commerzbank, also die Bank Friedrich Reinharts, mit dem Aufkauf der Schultheissaktien bereits beschäftigt. Man kann nur annehmen,

dass Friedrich Reinhart die Dementis seines Freundes Ludwig Katzenellenbogen liest, wenn nicht - und das macht den Fall nur schlimmer -, hätte sich Friedrich Reinhart von dem kleinsten Börsenhändler seiner Bank über die Zusammenhänge unterrichten lassen können.

SPD. Niemals erwies sich die Reform des Aktienwesens so dringlich wie in diesen Tagen, da ein Wirtschaftsskandal den andern jagt. Der Fall Schultheiss ist das neueste, aber keineswegs das einzige Schulbeispiel dafür, welchen Grad die Verrottung des Aktienwesens in Deutschland unter der Herrschaft des alten Aktienrechts erreicht hat. Natürlich kann auch das beste Aktienrecht die Unfähigkeit und den spekulativen und zum Teil verbrecherischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsführung nicht aus der Welt schaffen. Aber der Einbau von scharfen Kontrollen in das Aktienwesen erschwert diesen Freibeutern wenigstens das Handwerk und vergrössert die Möglichkeit, dass die Möglichkeit, dass die schlimmsten Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsführung im Keime erstickt werden.

Die Reichsregierung hat in der Notverordnung vom 19. September eine vorläufige Neuregelung des Aktienrechts geschaffen, die als allererster Ansatz zu einer Verschärfung der Kontrolle über das Aktienwesen gelten kann. Aber sie hat ihre eigene Reform völlig dadurch entwertet, dass sie die entscheidenden Bestimmungen der Notverordnung, nämlich die Bestimmungen über die Publizität der Bilanzen und über die Pflichtrevision der Aktiengesellschaften gar nicht in Kraft gesetzt hat. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmungen steht im Belieben der Reichsregierung. Aber obwohl schon mehr als ein Monat seit dem Erlass der Notverordnung verstrichen ist, hat die Regierung noch immer nicht beliebt, sie in Kraft zu setzen oder auch nur eine Andeutung darüber zu machen, wann sie sie endlich in Kraft zu setzen gedenkt.

Nun könnte man vielleicht zur Rechtfertigung dieses schon mehr als eigenartigen Vorgehens der Regierung darauf hinweisen, dass durch das ausserordentliche Ausmass der Industrie- und Kreditkrise, durch den schweren Sturz vieler Preise und Effektenkurse die Bewertungsgrundlagen der Bilanzen vielfach ins Wanken geraten oder zum mindesten sehr unsicher geworden sind. Es soll zugegeben werden, dass dieses Argument in manchen Fällen zutrifft. Aber es wäre das Bedenklichste, was man tun könnte, wenn man sich auf den Standpunkt stellen wollte: Weil die Bewertungsgrundlagen zum Teil unsicher sind, dürfen die Verwaltungen der Aktiengesellschaften nach Herzenslust schwindeln und schieben, die Aktionäre und die Öffentlichkeit hinters Licht führen und sich jeder Kontrolle und Revision entziehen. Das würde heissen, auf die Reform und Sanierung des Aktienwesens gerade in dem Zeitpunkt zu verzichten, in dem sie am allerdringlichsten ist, das würde heissen, die Krankheitskeime in einem Augenblick weiterzuschleppen, in dem ihre Ausrottung eine der unerlässlichen Voraussetzungen für die Gesundung der Wirtschaft ist.

Es soll ja gerade der Hauptzweck der Aktienreform sein, die Verwaltungen der Aktiengesellschaften zur Aufdeckung ihrer Karten zu zwingen, das heisst eben, sie dort, wo es im Interesse der Gesundung der Wirtschaft erforderlich ist, zur Herabsetzung von Kapitalien zu zwingen, die nur noch als Scheinkapitalien ihr Dasein in den Büchern fristen. Die Reichsregierung hat in der Notverordnung vom 6. Oktober Erleichterungen für Kapitalherabsetzungen von Aktiengesellschaften für die Zeit bis zum 30. Juni 1932 geschaffen. Der Grundgedanke dieser Verfügung ist richtig und anerkennenswert. Aber sie bleibt so lange sinnlos und wertlos, solange die Unternehmungsverwaltungen nicht durch Inkraftsetzung der Publizitäts- und Revisionsbestimmungen der Aktienreform gezwungen werden, in den Fällen, wo es sachlich notwendig ist, zur Sanierung zu schreiten. In minder schweren Fällen würde natürlich der Ausweis von Verlusten genügen, die zum Teil durch laufende Gewinne, zum Teil durch Heran-

ziehung von Reserven getilgt oder schliesslich zum Teil durch einen Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen werden könnten.

Es mag zugegeben werden, dass auch dann noch Fälle übrigbleiben, in denen begründete Hoffnung besteht, dass die Entwertung von Aktiven nur einen ganz vorübergehenden Charakter trägt. Das mag beispielsweise für festverzinsliche Papier zutreffen, die durch die ausserordentliche Situation der Kreditkrise einen schweren Kursrückgang erlitten haben, bei denen aber die Erwartung durchaus begründet ist, dass, wenn einmal das Schwerste überwunden ist, eine gewisse Wiedererholung eintritt. Dasselbe mag zum Teil auch für die Kurse der Aktien von Unternehmungen gelten, die an sich gesund sind. Andererseits wird bei den Anlagen und Vorräten die vorrichtigste Bewertung erforderlich sein.

Nun könnte man sich vorstellen, dass unter bestimmten, ganz genau umrissenen Bedingungen statt einer einmaligen Sanierung die Ausbuchung eines Krisenkontos, die heute von manchen Seiten vorgeschlagen wird, gestattet würde, für das natürlich sehr strenge Tilgungsmassnahmen geschaffen werden müssten. Das würde also bedeuten, dass man in den Fällen die Hinausschiebung der Abbuchung der Kapitalverluste gestattet, in denen wirklich zu erwarten ist, dass sich diese Abbuchung bald als überflüssig herausstellen wird, und dass man in den Fällen, wo sich wider erwarten diese Hoffnung doch nicht verwirklicht, die Verteilung der Kapitalverluste auf einige Jahre erlaubt. Wenn man, wie gesagt, derartige Bestimmungen nur unter ganz bestimmten Bedingungen und mit sehr strengen Sicherungen gegen Missbrauch und Kautelen für die baldige Tilgung evtl. bleibender Verluste schafft, wird man sich angesichts der ganz besonderen Schwere der gegenwärtigen Krise damit abfinden können. Keinesfalls aber dürfen Bestimmungen geschaffen werden, die es den Unternehmungsverwaltungen ermöglichen, sich um sachlich notwendige Sanierungen zu drücken und dort, wo monopolistische Machtstellungen vorliegen, die Preise mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Tilgung von Krisenkonten künstlich hochzuhalten oder hinaufzutreiben. Es wäre das Ärgste, was passieren könnte, wenn die Aktienreform, die geschaffen wurde, um den ärgsten Missbräuchen der Verwaltungsmacht bei Aktiengesellschaften und Konzernen zu steuern, sich gerade umgekehrt in ein Instrument zur Sicherung dieser Missbräuche verwandeln würde.

Der Fall Schultheiss ist ein deutliches Warnungszeichen. Es muss jetzt schleunigst gehandelt werden. Es darf nicht noch ein kostbarer Monat nutzlos verstreichen, ehe die bereits vor einem Monat erlassene Notverordnung über die Aktienreform in Kraft gesetzt wird. Soweit in einzelnen Fällen, wie oben angedeutet, Ausnahmestimmungen gerechtfertigt sind, können sie sehr schnell erlassen werden. Dann aber besteht kein sachliches Hindernis mehr für die Inkraftsetzung der Aktienreform. Oder legt die Regierung Wert darauf, dass sich das Gefühl immer mehr befestigt, das bei ihrem bisherigen Vorgehen insbesondere gegen die überhöhten Kartellpreise in der Bevölkerung entstanden ist, dass die Regierung nach oben nur einen Scheinkampf führt, um nach unten um so kräftiger drücken zu können? Wenn die Regierung sich von diesem zweifelhaften Ruf befreien will, muss sie in der Frage der Aktienreform schleunigst handeln, ganz abgesehen von der sachlichen Dringlichkeit der Frage, die eben jetzt durch den Fall Schultheiss wieder einmal aufs deutlichste demonstriert wurde.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 27. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 123, II. 113, abfallende Sorten 99 RM. Tendenz: stetig.

Berliner Viehmarkt.

(27. Oktober 1931.)

SPD. Die Tendenz in der Beschickung des Marktes war am Dienstag völlig umgeschlagen. Die Beschickung des Freitag=Marktes war sehr reichlich ausgefallen. Am Dienstag waren die Zufuhren derart knapp gehalten, dass die Nachfrage nicht befriedigt werden konnte. Eine Ausnahme machte der Rindermarkt. Hier gaben auch die Preise gegenüber dem Freitagmarkt ein wenig nach. Auf den übrigen Märkten konnten sich erhebliche Preisaufschläge durchsetzen.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.) 52 - 53 (50), c) (200-240 Pfd.) 50-53 (46-50), d) (160-200 Pfd.) 47 - 49 (43-46), e) (120-160 Pfd.) 42 - 46 (40-42), Sauen 44-46 (41-44). Schafe: a) 34-37 (32-35), b) 36-41 (35-40), c) 30-34 (30-34), d) 18-25 (22-26). Kälber: b) 60-70 (55-64) c) 45-65 (40-58), d) 25-38 (25-35). Kühe: a) 25-29 (27-30), b) 20-24 (20-25), c) 15-18 (16-20), d) 12-14 (13-15).

SPD. Die Verwaltung der AMG teilt mit: "Wir haben es bisher unterlassen, zu den auch über die AMG ungehenden Gerüchten Stellung zu nehmen, weil die Richtigstellung unseriöser Mitteilungen uns in der gegenwärtigen Zeit zwecklos erscheint. Nachdem jedoch auch seitens des ernst zu nehmenden Teiles der deutschen Presse Anfragen an uns gerichtet wurden, teilen wir folgendes mit: Ueber das Resultat des erst am 30. September beendeten Geschäftsjahres kann zurzeit noch keine Auskunft gegeben werden. Der Rückgang des Umsatzes hat den von der Verwaltung geschätzten Umfang nicht überschritten. Verluste auf Materialien=Konto sind nicht entstanden, insbesondere konnten auch Verluste auf Kupfer vermieden werden. Der nach den gegenwärtigen Kursen errechenbaren Minderbewertung des Effekten= und Beteiligungskontos stehen ausreichende Reserven gegenüber. Eine Kapitalzusammenlegung wird nicht erwogen."

SPD. Die Adolf Bleichert A.G. in Leipzig hat sich zu einem Kapital=schnitt entschlossen, nachdem sich herausgestellt hat, dass das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem grösseren Verlust abschliesst. Es kommt eine Einziehung von Aktien zu Frage, über die der Aufsichtsrat in den nächsten Tagen Beschluss fassen soll. Die Aktienmajorität von Bleichert liegt bei den Felten & Guillaume, Carlswerk A.G. in Köln=Mühlheim.

SPD. Die im Jahre 1929 mit einem Aktienkapital von 2,5 Millionen Mark gegründete Kraftag (Gross Berliner Kraftdroschken A.G.) weist für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Verlust von rund 250 000 Mark aus. Da sich der Verlust im laufenden Jahr steigern wird, denkt man an einen grösseren Kapital=schnitt. Hinter dem Unternehmen steht die NSU, deren Kleinwagen von der Kraftag gefahren werden.

Angebot noch geringer.

(Berliner Getreidebörse vom 27. Oktober.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag eine merklich festere Stimmung. Unerwartet machte sich stärkere Kauflust für promptes Brotgetreide beider Arten aus allen Teilen des Reiches bemerkbar. Da das Angebot aber eher noch geringer geworden ist, konnte der angemeldete Bedarf nicht voll befriedigt werden. Dementsprechend zogen die Preise für Roggen und Weizen weiter um etwa 3 Mark an. Am Markte der Zeitgeschäfte beschränkten sich die Preisgewinne auf ca. 1½ bis 2 Mark. Der Mehlmarkt ist der Bewegung noch nicht gefolgt. Die Käufer halten weiter zurück und sind auch nicht gewillt, höhere Preise zu bezahlen. Lediglich für die allerbilligsten Roggenmehlsorten konnten sich die Preise um etwa 15 Pfennige befestigen. Für Hafer war die Tendenz gleichfalls etwas freundlicher. Das Angebot war ziemlich mässig, während sich gute Kauflust zeigte.

	26. Okt.	27. Okt.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	214 - 217	216 - 219
Roggen	185 - 187	188 - 190
Braugerste	164 - 173	164 - 173
Futter- und Industrierogerste	154 - 163	154 - 163
Hafer	138 - 147	140 - 148
Weizenmehl	27,50 - 32,25	27,75 - 32,25
Roggenmehl	26,60 - 28,75	26,75 - 29,00
Weizenkleie	10,15 - 10,40	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,25 - 9,75	9,25 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsverhältnisse: Weizen Oktober 231 plus Brief (Vortag 229½), Dezember 233 (231), März 242 (240). Roggen Oktober 199 (197½), Dezember 198½-199½ (197½), März 205½-205½ Geld (204½), Hafer Oktober 157-158 (156). Dezember 158 (157), März 165.

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) R/M	0,70 - 0,90
" " Weizenstroh R/M	0,55 - 0,70
" " Haferstroh R/M	0,60 - 0,75
" " Gerstenstroh R/M	0,60 - 0,70
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt R/M	0,65 - 0,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh R/M	0,50 - 0,70
" " Weizenstroh R/M	0,45 - 0,60
Häcksel R/M	1,25 - 1,45
		Tendenz stetig
Handelsübliches Heu, gesund und trocken R/M	1,30 - 1,60
Gutes Heu, gesund und trocken R/M	1,80 - 2,20
Luzerne, lose R/M	2,40 - 2,70
Thymothee, lose R/M	2,35 - 2,65
Kleeheu, lose R/M	2,25 - 2,55
Mielitz=Heu, lose, rein R/M	-
Drahtgepresstes Heu R/M	0,30 über Notiz.
		Tendenz stetig.